

Pressemitteilung

Vorsitzender der Senioren-Union mit 93,4 % im Amt bestätigt – Wulff fordert Einstehen für europäische Werte

Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU, Professor Dr. Otto Wulff, ist für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt worden. Auf der Bundesdelegiertenversammlung in Magdeburg stimmten 93,4 Prozent der knapp 300 Delegierten am Donnerstag für den 85-jährigen CDU-Politiker, der die Vereinigung bereits seit 2002 führt.

In seiner fast einstündigen Rede forderte Wulff von den Europäern mehr Stehvermögen beim Kampf für den Erhalt der freiheitlichen Werte. „Europa ist zuerst und vor allem eine Wertegemeinschaft und nicht bloß eine Handelsgesellschaft“, sagte Wulff. Der Senioren-Vorsitzende warnte vor nationalistischen und islamistischen Angriffen auf die Freiheit, die zu einer großen Gefahr für Europa werden könnten. Mit Rückzugsbewegungen auf dem Feld der freiheitlichen europäischen Traditionen „werden wir auf Dauer Schiffbruch erleiden“, mahnte Wulff. Mit Mahnungen zur Toleranz allein könnten sogenannte islamistische Gotteskrieger nicht gestoppt werden. Und der Aufmarsch rechter Radikaler erinnere viele Ältere an die 20er Jahre des letzten Jahrhunderts, als Feinde der Demokratie Europa ins Unglück gestürzt hätten.

Der alte und neue Senioren-Unions-Vorsitzende warnte vor einer Zunahme der Staatsverdrossenheit in Deutschland, wenn Muslime die Scharia vor das Grundgesetz stellten, kriminelle Clans eine Parallelgesellschaft aufbauten oder muslimische Eltern trotz allgemein geltender Schulpflicht ihre Kinder nicht zum Unterricht schickten. „Wer Gesetze nicht befolgt, hat mit Konsequenzen zu rechnen. Erfolgen sie nicht, dann darf man sich über Staatsverdrossenheit nicht wundern“, sagte Wulff. Zuwanderer, die Vorgaben der Verfassung als Angriff auf ihre persönliche Identität empfänden, könnten das Land einfach verlassen. „Dialog geht nur, wenn sich alle an Regeln halten“, betonte Wulff. „Dialogbereitschaft bedeutet nicht Standortlosigkeit.“ Mit „Satttheit und Liegestuhlmentalität werden wir unseren Erfolg nicht halten“.

Scharf ins Gericht ging Wulff angesichts der „Diesel-Affäre“ und drohender Fahrverbote für ältere Dieselfahrzeuge in Innenstädten mit der Autoindustrie. „Wer als überführter Tunichtgut hohe Milliardensummen als Entschädigung über den Atlantik in die USA überweist, darf sich in Deutschland nicht ungeschoren aus dem Staub machen“, kritisierte Wulff.

Wulff forderte eine Rentenreform, die verhindere, dass Arbeitnehmer, die ihr Leben lang gearbeitet haben, am Ende eine Rente auf Sozialhilfeniveau erhalten. „Das ist ein Skandal, den wir nicht hinnehmen dürfen“, sagte Wulff. Der Senioren-Unions-Vorsitzende begrüßte die Pläne der Bundesregierung, dass Menschen freiwillig länger arbeiten können.